



Antrag AN 061/2025/24-29
Status: öffentlich
Datum: 06.03.2025

Einreicher: Fraktion AfD-Hoppegarten

Betreff: Schulwegsicherung: Errichtung einer Ampelanlage an der Kreuzung Neuer Hönower Weg und Von-Canstein-Straße/Industriestraße

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit	Status
Gemeindevertretung	17.03.2025	Vorberatung	Ö

Beschlussvorschlag: (lt. Einreicher)

Die Gemeindevertretung beauftragt die Verwaltung die Errichtung einer Ampelanlage an der Kreuzung Neuer Hönower Weg und Von-Canstein-Straße / Industriestraße beim Straßenbaulastträger zu beantragen. Der bisherige Übergang von der Bushaltestelle Von-Canstein-Straße (Fahrtrichtung Gewerbegebiet) über den Neuen Hönower Weg wird mit einem Geländer verhindert. Von dieser Bushaltestelle bis zur Ampel wird ein Gehweg errichtet.

Sachverhalt: (lt. Einreicher)

Schulkinder die von Norden mit dem Bus ankommen, steigen an der Bushaltestelle Von-Canstein-Straße aus und müssen dann den Neuen Hönower Weg queren. Der Neue Hönower Weg ist eine stark befahrene Straße und das Queren ist für Schulkinder sehr gefährlich. Selbst eine Lehrkraft wurde schon beinahe von einem Motorradfahrer erfasst. Hier ist Gefahr im Verzug. Mit einer Ampelanlage können die Schulkinder den Neuen Hönower Weg gefahrlos überqueren. Die im Gewerbegebiet Dahlwitz-Hoppegarten durch den Landkreis Märkisch-Oderland eingerichtete Gemeinschaftsunterkunft beherbergen u.a. Familien mit Kindern. Diese Kinder queren für den Besuch der Lenné-Oberschule mit Grundschulteil diese stark frequentierte und gefährliche Kreuzung. Hier ist ebenfalls dringend Abhilfe zu schaffen. Wegen der Pflicht zur Schulwegsicherung, wird der Bau einer Ampel zur pflichtigen Aufgabe für alle beteiligten Akteure. Des Weiteren entsteht an dieser Kreuzung jeden Morgen ein rückläufiger Stau bis zur Wiesenstraße, wenn Eltern ihre Kinder mit dem Auto zur Schule bringen. Eine Ampelanlage wird helfen, diesen Stau aufzulösen. Es ist anzunehmen, dass Eltern, die um der Gefährlichkeit des Überganges wissen, genau deshalb ihr Kind mit dem Auto bringen. Ein sicherer Übergang könnte sie dazu bringen, ihr Kind mit dem Bus zur Schule fahren zu lassen.

Auswirkungen auf den Haushalt:

Die Kosten sind durch die Gemeindeverwaltung zu ermitteln.

Anlage:

Originalantrag der Fraktion